

i.A.22.14.7.3.-CB/SRA

Bern, den 13. November 1989
VERTRAULICHInformations hebdomadaires 46/89

<u>Index:</u>	<u>Page</u>
1) Ministerkonferenz über Klimaveränderungen, Noordwijk, 6. - 7. November 1989	2
2) Besuch von Botschafter Jenö Staehelin in Budapest 9./10. November 1989	4
3) Gemischte Wirtschaftskommission mit Polen	15
4) Arbeitsbesuch DEH-Direktor F.R. Staehelin (SFR) in Tansania (31.10. - 13.11.1989)	16



Ministerkonferenz über Klimaveränderungen, Noordwijk, 6.-7. November 1989

Bundesrat Flavio Cotti leitete die schweizerische Delegation an der Ministerkonferenz über Luftverschmutzung und Klimaveränderungen von Noordwijk (6./7.11.89).

An der Konferenz, zu der die niederländische Regierung eingeladen hatte, nahmen über 70 Staaten, darunter praktisch alle Industriestaaten, teil. Ihr Zweck war es, die internationale Zusammenarbeit zur Bewältigung der Problematik der Klimaveränderungen von der fachlichen auf die politische Ebene zu heben und damit namentlich den Bestrebungen im Rahmen des Intergovernmental Panel on Climate Change (IPCC) mit den Schwerpunkten wissenschaftliche Grundlagen, Auswirkungen und Gegenmassnahmen den nötigen Impuls und die damit verbundene Breitenwirkung zu geben. Dieses Ziel konnte erreicht werden.

Vor der Konferenz lag eine Reihe von Grundlagendokumenten, die von einem Vorbereitungsausschuss unter Beteiligung der Schweiz ausgearbeitet wurden. Darauf beruht die gemeinsame Erklärung, die von der Konferenz verabschiedet wurde und die folgende Hauptelemente enthält: Es herrscht Uebereinstimmung über die dringende Notwendigkeit, die durch menschliche Aktivitäten verursachte Zunahme des Treibhauseffektes in der Atmosphäre unter Kontrolle zu bringen, indem die Emissionen von Treibhausgasen stabilisiert und reduziert und die Fähigkeit der Erde, sie selber zu absorbieren, verstärkt werden. Was die Fluorchlorkohlenwasserstoffe (FCKW) betrifft, ist die Zielvorgabe eines Verzichts darauf bis zum Jahre 2000 im Rahmen des Protokolls von Montreal gegeben. Für die Emissionen von Kohlendioxid (CO₂), dem wichtigsten Treibhausgas (hauptsächliche anthropomorphe Quelle: Verbrennung von fossilen Brennstoffen) lauten die Zielvorstellungen: Stabilisierung bis zum Jahre 2000; Reduzierung um 20 Prozent bis zum Jahre 2005; Zunahme der Waldfläche um jährlich 12 Mio ha nach dem Jahre 2000. Auf eine Verpflichtung zur Erfüllung dieser Zielvorgaben konnte sich die Konferenz nicht einigen.

Es wurde ferner festgehalten, dass es sowohl energischer nationaler wie internationaler Massnahmen bedarf. Zu letzteren gehören eine Klimakonvention, deren Grundzüge festgelegt wurden, und die Bereitschaft, den

Entwicklungsländern die nötigen technischen und finanziellen Mittel zur Verfügung zu stellen, um ihnen den Verzicht auf schädliche bzw. den Umstieg auf umweltfreundliche und damit effizientere Produktions- und Verhaltensweisen zu ermöglichen. Ein Anfang soll mit einem Ozonfonds zur Förderung des Verzichts auf die FCKW-Technologie zu Gunsten von Alternativen sowie mit der Aufstockung des Fonds zur Durchführung des Aktionsplans für die Tropenwälder (TFAP) gemacht werden. Die Schweiz hat ihre Bereitschaft erklärt, einen zusätzlichen finanziellen Beitrag zu leisten, sobald sich die Staatengemeinschaft auf die genaue Zweckbestimmung des Klimafonds und die Mechanismen zu dessen Verwaltung geeinigt hat.

Die Konferenz von Noordwijk hat für die nächste Etappe, nämlich die zweite Weltklimakonferenz in Genf im November 1990, einen grossen Erwartungsdruck geschaffen. Die Verabschiedung der Klimakonvention, wie auch die Beschlussfassung zu einem Klimafonds und die Einrichtung einer eigentlichen UNO-Umweltbehörde (durch Verstärkung bestehender oder durch Schaffung neuer Organe) werden von der UNO-Konferenz über Umwelt und Entwicklung des Jahres 1992 (vermutlich im Juni in Brasilien) erwartet.

Für Ihre zusammenfassende Berichterstattung über die Aufnahme, die die Konferenz von Noordwijk und deren Ergebnisse in Ihrem Gastland gefunden haben, danken wir Ihnen im voraus bestens.

Besuch von Botschafter Jenoe Staehelin in Budapest 09./10. November 1989

1. Gespraech mit dem ungarischen Aussenminister Gyula Horn (H.),
09.11.1989

SIN brachte H. gegenueber unser Interesse und unsere Sympathie fuer den Reformprozess in Ungarn und in andern osteuropaeischen Laendern zum Ausdruck, erinnerte an den vorgesehenen Meinungsaustausch zwischen BR Felber und H. in Strassburg anlaesslich des Aussenministertreffens vom 16. November, gab ihm unsere provisorische Stellungnahme (konstruktive Dialogbereitschaft) zum ungarischen Gesuch um engere Zusammenarbeit mit der EFTA bekannt und umriss schliesslich in grossen Zuegen das bundesraetliche Massnahmenpaket zu Gunsten reformorientierter Laender Osteuropas (Polen/Ungarn), wobei er das Kapitel ''Bildungsprogramme'' hervorhob.

Diese Darlegungen fanden bei H. sehr gute Aufnahme. In seiner Entgegnung griff er zunaechst das Treffen mit BR Felber in Strassburg auf. 3 Themen, in der nachstehenden Reihenfolge vorgeschlagen, moechte er dabei eroertern:

1. Annaeherung Ungarns zur EFTA und im Zusammenhang hiermit die Ergebnisse des EFTA-Ministertreffens in Genf sowie des Aussenministertreffens der Neutralen in Yverdon.

H. wies auf ermutigende Ergebnisse der ungarischen Bemuehungen um bessere Rahmenbedingungen der wirtschaftlichen Zusammenarbeit Ungarns mit den US und EG (juengste Beschluesse) hin und hob die Notwendigkeit fuer Ungarn hervor, aus wirtschaftlichen wie auch aus politischen Gruenden (Wiederanschluss an die westeuropaeischen Entwicklungen) nun auch mit der EFTA in ein engeres Verhaeltnis zu kommen. H. ist sich der Eigentuemlichkeiten der EFTA im Verhaeltnis zu aussenstehenden Laendern durchaus bewusst, moechte aber offensichtlich fuer Ungarn im

Moment das erlangen, was Jugoslawien zugestanden wurde, und dies in der Meinung, dass dann einmal vereinbarte Absichten moeglichst rasch verwirklicht werden sollten.

2. 24er Gruppe / Bruessel. H. haelt rasche Entscheide fuer lebenswichtig. Solche koennen sich auf den Verlauf des Reformprozesses in Ungarn sehr positiv auswirken. Dann bemerkte er, das, was in Ungarn schon erreicht wurde, koenne sich sehen lassen. Ein Rueckfall waere heute nur noch durch krassen Rechtsbruch moeglich. Doch gehe es jetzt darum, das Erreichte zu konsolidieren und fuer die Zukunft zu sichern. Vom erfolgreichen Verlauf der ungarischen Reform gingen im uebrigen auch positive Impulse auf die Entwicklungen in Osteuropa aus (Beispiel DDR).
3. Ungarns Anschluss an den Europarat. Man habe sich entschlossen, sich so eng und rasch wie moeglich dem Europarat anzuschliessen. Ungarn fehle indessen noch in mancher Hinsicht die Erfahrung im Umgang mit dieser Organisation. Gerade von der Schweiz koennte Ungarn in dieser Hinsicht wohl noch viel lernen und von ihren Erfahrungen Nutzen ziehen. Deshalb sei ihm an der Eroerterung dieses Themas mit BR Felber besonders gelegen. (In diesem Zusammenhang sei erwaeht, dass Teile der ungarischen Opposition, so namentlich das Demokratische Forum, den ungarischen Beitrittsantrag als verfrueht ansehen und dafuer eintreten, dass ein solcher erst nach den Parlamentswahlen im kommenden Jahr gestellt wird). Seinerseits wies SIN darauf hin, dass nach unserem Dafuerhalten intensive Beziehungen eines Landes mit dem ER eine gute Voraussetzung fuer verstaerkte Zusammenarbeit auf anderen Gebieten bilden.

Im weiteren Gespraech wurden kurz noch folgende Punkte beruehrt:

- Beziehungen Ungarn-Schweiz. Diese haben sich in juengerer Zeit nach Meinung H.'s erfreulich entwickelt; es bestaenden jetzt auf verschiedener Ebene gute Kontakte. Mit dem Massnahmenpaket des BR's unterstreiche die CH ihr anhaltendes Interesse, wovon er dankend Kenntnis nehme.

- 6 -

- Ungarns Finanzlage. H. teilt die Ansicht, dass die Wirtschaftslage Ungarns von jener Polens wesentlich verschieden ist. Seinen Aeusserungen war aber doch zu entnehmen, dass er Ungarns Verschuldung als ein aehnlich grosses Problem ansieht, das unter allen Umstaenden einer Loesung bedarf, ansonst die Gefahr besteht, dass alle uebrigen Anstrengungen zur Entwicklung der ungarischen Wirtschaft ins Leere stossen und dann auch mit erhoehten sozialen Spannungen und der Destabilisierung der Lage gerechnet werden muesste.

2. Arbeitsgespräche mit Staatssekretär Laszlo Kovacs (K) und
Abteilungschef Gresznaryk (G), 9.11.1989

Allgemeines

SIN erläuterte die Haltung der Schweiz gegenüber der doppelten Herausforderung, welche die Entwicklung in Westeuropa und in Osteuropa mit sich bringt. Er umschrieb die Haltung der Schweiz zu den Bestrebungen osteuropäischer Staaten, ihre Beziehungen zum Europarat und zur EFTA zu intensivieren, und unterstrich die Bereitschaft, reformwillige Staaten Osteuropas durch konkrete - in einer Botschaft an das Parlament dargelegte - Massnahmen zu unterstützen.

Für K. gilt es, die ungarische Aussenpolitik in Einklang mit den Reformen zu bringen. Der Grundsatz des sozialistischen Internationalismus sei fallengelassen worden, da wiederholt deutlich geworden sei, dass dieser zwar eine schöne Fiktion sei, dass die Interessen der sozialistischen Staaten aber sehr unterschiedlich, ja gegensätzlich sein können. Dies sei am Beispiel der DDR-Flüchtlinge im vergangenen Sommer deutlich geworden. Man habe den KSZE-Verpflichtungen deutlichen Vorrang gegeben gegenüber dem einschlägigen ungarisch-ostdeutschen Vertrag. Aehnliche Interessenkonflikte habe Ungarn mit Rumänien (ungarische Minderheit), der CSSR (Staudamm an der Donau, neue Interpretation Ungarns des Einmarsches von 68).

Zur Stellung Ungarns im Warschauer Pakt (WP) führte K. aus, dass es gelte, die Realität nicht aus den Augen zu verlieren, auch wenn die blockfreie Welt das Endziel sei. Zu den positiven Entwicklungen (Entspannung) wolle Ungarn folgendermassen beitragen:

- 8 -

- engagierte Mitarbeit im Forum der 35 in Wien
- Senkung des militärischen Budgets
- Aenderung der militärischen Doktrin in Richtung auf eine reine Defensivhaltung
- Im WP soll die politische Zusammenarbeit vor der militärischen den Vorrang erhalten.

Es bestehe ungarischerseits der Wille, die Beziehungen zum Westen stark zu diversifizieren. In diesem Sinn sind die Beziehungen zu Südkorea und Israel normalisiert worden. Von besonderer Bedeutung ist für Ungarn aber der Ausbau der Beziehungen zu Westeuropa. Die Möglichkeiten mit Bezug auf die EG sieht man realistisch; als erstes wird die Mitgliedschaft im Europarat angestrebt.

Auf die Frage, ob das ungarische Reformprogramm, im Falle eines Erfolges, für die UdSSR als Modell dienen könnte, antwortete K. mit Skepsis. Die Sowjets hätten die Notwendigkeit der gesellschaftlichen Liberalisierung als Voraussetzung für die Erreichung echter wirtschaftlicher Reformen nicht eingesehen und dies obwohl die Geschichte den Beweis schuldig geblieben sei, dass ein Einparteiensystem effizient funktionieren kann (Unmöglichkeit demokratischer Kontrolle). Die Sowjets wollten ein altes System auswechseln, ohne eine echte Alternative zur Verfügung zu haben. So behindern sich die einzelnen Reformschritte gegenseitig.

Aber auch Ungarn steht nach K. vor einer sehr schwierigen Zeit. Grosse Probleme sind infolge der Arbeitsmentalität und insbesondere der Arbeitsdisziplin zu erwarten. In Ungarn hätten in den letzten 40 Jahren weder positive (Lohnerhöhungen) noch negative (Nichtbeförderung, Entlassung) Motivationselemente die ihnen zustehende Rollen gespielt.

Bilaterales

Ungarn wünscht eine Intensivierung der bilateralen Beziehungen auf allen Stufen und in den verschiedensten Bereichen. Unter diesem Gesichtspunkt wurden der bevorstehende Besuch von Justizminister Kulcsar bei Bundesrat Koller und die für 1990 geplanten Reisen von Ministerpräsident Nemeth in die Schweiz und von Bundesrat Felber nach Ungarn begrüsst. Es wird der Hoffnung Ausdruck gegeben nach Aufhebung der Visumpflicht für ungarische Reisende und nach Konsultationen in den Bereichen Rechtshilfe und Auslieferung. Schliesslich wird auf das für den 11./12. November geplante Vierertreffen zwischen Italien, Jugoslawien, Oesterreich und Ungarn hingewiesen und unterstrichen, dass diese Gruppe nach ungarischer Auffassung für die Schweiz offen sei.

3. Entretiens avec le Secrétaire d'Etat Laszlo Antal (A), Directeur du Secrétariat de politique économique au Conseil des Ministres, et avec le Vice-Ministre pour le commerce extérieur, Tibor Melega (M), 10.11.1989.
-

S'agissant de la situation économique, A a brossé un tableau très réaliste des difficultés que traverse actuellement la Hongrie. On se trouve premièrement devant la tâche de faire face à de sérieux déséquilibres économiques et impliquant la restructuration du système économique. Deuxièmement, l'impératif constant d'un service de la dette extrêmement lourd accentué par la pression du Fonds Monétaire International risque de faire basculer la balance des paiements dans des proportions insoutenables. Troisièmement, la réforme globale politique et sociale du pays doit être menée à bien parallèlement à la résolution des problèmes mentionnés.

S'agissant des points particuliers, A s'attend à une croissance du chômage qu'il estime devoir se monter à 150'000 personnes d'ici une année du fait de la fermeture des usines non-rentables. Il pense toutefois que ce chiffre est supportable pour le pays. En outre, la rénovation du système des prix constituant un des piliers de la réforme, il est probable que l'inflation ne pourra pas être abaissée en-dessous du taux de 15 % en 1990. La croissance du PNB est évaluée à 1 % ces deux prochaines années.

Les entretiens qui viennent d'avoir lieu avec le FMI ont incité ce dernier à exprimer son mécontentement sur l'évolution de la situation. Aussi bien la balance des paiements que la balance commerciale laissent prévoir une évolution défavorable. C'est en particulier le déficit du budget, qui risque d'échapper à tout contrôle. Le déséquilibre de la balance des paiements trouve son origine dans le déficit touristique de près de 1 milliard de USD, fait nouveau depuis que les Hongrois peuvent voyager librement, et dans la constellation de plus en

plus défavorable des taux des crédits immobiliers consentis par l'Etat aux privés. Le FMI estime qu'au stade actuel les prévisions les plus optimistes des dirigeants sur la limitation du déficit budgétaire n'est pas propre à le satisfaire. De ce fait, un risque accru est à prendre en considération sur l'interruption éventuelle du soutien du FMI. Les dirigeants hongrois déplorent la réflexion essentiellement financière et économique du FMI en l'absence de toute considération politique.

Dans son effort pour s'intégrer aux marchés économiques occidentaux, la Hongrie, précise M, ne considère pas l'AELE comme l'anti-chambre de la CEE. Elle est intéressée à l'AELE en tant que telle puisque 35 % de ses échanges commerciaux avec les pays de l'Ouest s'y réfèrent. La Hongrie est intéressée à diversifier ses relations économiques et autres avec l'AELE et à intensifier ses échanges commerciaux avec les pays-membres. A ce titre, l'appui de la Suisse est demandé pour une approche entre Budapest et l'AELE. En outre, la Hongrie serait désireuse de conclure un accord intérimaire de libre échange avec la Suisse et l'Autriche.

Une déclaration d'intentions commune Hongrie-AELE préfigurerait bien le cadre dans lequel Budapest verrait se développer cette collaboration et cela le plus tôt possible. Cet accord doit définir dans un premier temps le cadre de la collaboration actuellement possible, et, à un stade ultérieur, déboucher sur de véritables négociations pour l'entrée de la Hongrie dans l'AELE. Parallèlement, Budapest n'exclut pas des arrangements bilatéraux de politique commerciale avec les Etats-membres.

S'agissant de l'aide concertée à la Hongrie et du rôle que la Suisse entend y jouer, SIN a présenté à son interlocuteur le projet-pilote de formation proposé par la Suisse et portant sur la protection de l'environnement, les banques, le

management, le tourisme, le commerce, la formation linguistique ainsi que les écoles professionnelles et techniques supérieures. Nos interlocuteurs ont également été rendus attentifs à la procédure qui a été initiée en Suisse et qui devrait aboutir à une décision finale du Parlement sur ce projet lors de la session de mars 1990.

A l'heure actuelle, nombreux sont les pays qui délèguent en Hongrie des missions d'études pour définir le cadre de l'aide qu'ils apporteront. La Suisse a laissé entrevoir qu'une telle mission serait prête à se rendre en Hongrie au début de l'année prochaine mais qu'il appartenait à la Hongrie de définir la substance des discussions qui auront lieu. Un document a été remis par la Hongrie sur l'articulation et le genre d'aide attendues par Budapest de la part des pays-donateurs. En outre, la Hongrie a remis à SIN les projets concrets formulés par le Ministère de l'environnement sur la protection de l'air et de l'atmosphère, sur la destruction des déchets toxiques et sur la protection des eaux.

4. Gespraech mit Vertretern politischer Parteien 09./10. November 1989

a) Ungarisches Demokratisches Forum (MDF)

Wurde bereits im September 1987 von einer Kerngruppe politischer Denker der Opposition und Intellektuellen gegruendet. Hat sich seitdem zur staerksten oppositionellen Formation entwickelt und vermochte dieses Jahr bei fuenf Nachwahlen in ueberzeugender Manier 4 Mandate zu gewinnen.

Kernpunkte des Programms: Staats- und Gesellschaftsreform nach westlichem Muster. Betont westeuropaeisches und christliches Fundament ungarischer Gesellschaft und verlangt nach erhoehter nationaler Unabhaengigkeit. Dem Prinzip der sozialen Marktwirtschaft verpflichtet. In dieser Hinsicht pragmatisch eingestellt. Haengige Sachfragen des Systemwechsels sollen in pragmatisch-demokratischer Art geloest werden.

Gespraechspartner:

- Dr. Jozsef Antall. Historiker. Vor 3 Wochen zum Praesidenten des Forums gewaehlt. Gilt als Anwaerter auf Ministerpraesidentschaft nach Neuwahlen

b) Allianz der Freidemokraten (SZDSZ)

Verfuegt ueber kleineren Anhang als MDF. Besteht vornehmlich aus Akademikern und Intellektuellen. Verlangt nach radikalem Bruch mit Vergangenheit und Rueckkehr zu buergerlichem System.

- 14 -

Hat Unterschriftensammlung zur Durchfuehrung Volksreferendums ueber Wahlart des Staatspraesidenten veranstaltet und damit eindrucklichen Erfolg erzielt.

Gespraechspartner:

- Dr. Istvan Szentivanyi

c) Ungarische Sozialistische Partei (USP, vormalige Einheitspartei)

Bekannt sich heute zur Rechtsstaatlichkeit, zur Demokratie in Form des westlichen Pluralismus und verzichtet ausdruecklich auf einen besonderen institutionellen Status. Akzeptiert eine der verschiedenen politischen Stroemungen zu werden und distanziert sich von der eigenen Vergangenheit. Seit der Spaltung muss jedes Mitglied neu eintreten. Bisherige Mitgliederzahl liegt um 37 - 40'000. Parteienverantwortliche gehen von einem Endstand von 120'000 Mitgliedern aus.

Die soziale Marktwirtschaft mit schwedischem Einschlag wird als das neue Wirtschaftsmodell genannt, wobei zum Auffangen der sozialen Haerten etwas unklar von einem nicht auf Gewinn ausgerichteten Wettbewerbssektor innerhalb der Volkswirtschaft die Rede ist.

Gespraechspartner:

- Dr. Csaba Vass, Mitglied des Praesidiums der Ungarischen Sozialistischen Partei

GEMISCHTE WIRTSCHAFTSKOMMISSION MIT POLEN

Im Zuge der 9. Tagung wurde ein Investitionsabkommen unterzeichnet, welches sich in materieller wie zeitlicher Hinsicht nahtlos in die schweizerischen Anstrengungen zur Förderung des Reformprozesses in Osteuropa einfügt. Der Verlauf der Gemischten Wirtschaftskommission hat zudem gezeigt, dass Polen zur graduellen Einführung einer Marktwirtschaft entschlossen ist. In teilweise deutlichen Worten (z.B. "during 40 years we have demoralized our labour force") hat der polnische Delegationschef Fehler der Vergangenheit eingestanden. Das Reformprogramm der neuen Regierung umfasst im wesentlichen zwei Phasen, wobei die erste sich auf dringende Sofortmassnahmen konzentriert, die zweite dagegen eine eigentliche Umstrukturierung in Richtung Privatisierung der Wirtschaft anvisiert. Die damit verbundenen sozialen Härten für die Bevölkerung werden keineswegs beschönigt, sondern als Preis für jahrelange Fehlwirtschaft und Versäumnisse hervorgehoben.

a r b e i t s b e s u c h d e h - d i r e k t o r f . r . s t a e n e l i n (s f r) i n
t a n s a n i a (3 1 . 1 0 . - 1 3 . 1 1 . 8 9)

sfr besuchte projekte und programme der schweizerisch-tansanischen zusammenarbeit im innern des landes, in der region morogoro, sowie in dar es salaam. die einweihung einer mit schweizerischer unterstuetzung rehabilitierten und strukturell wesentlich verbesserten faehre auf dem fluss kilombero gab gelegenheit zu beobachten, welche vielfaeltig positiven auswirkungen von solchen massnahmen ausgehen. dank dieses flussueberganges, der nun nicht mehr waehrend der regenzeit fuer nahezu ein halbes jahr durch ueberschwemmungen der zufahrtsstrassen blockiert ist und dank der rehabilitierung eines weitreichenden landstrassennetzes der region wird ein fruchtbares gebiet von nahezu der gresse der schweiz wirtschaftlich besser erschlossen. diese rehabilitierungsarbeiten und die damit verbundenen ausbildungsprogramme fuer den strassenunterhalt sollen nun auf einen nachbarbezirk ausgedehnt werden. diese region wird grossraeumig noch weiter erschlossen durch die tazara-eisenbahn, welche ebenfalls von der schweiz im rahmen eines internationalen konsortiums im bereich betrieb und unterhalt gefoerdert wird.

in derselben region unterstuetzt die schweiz ein institut der angewandten forschung im bereich der malaria- und bilharziose-bekaempfung, sowie der entwicklung der medizinischen grundversorgung (praeventivmedizin) in laendlichem raum. dieses institut steht in verbindung mit einem von schweizerischen privatorganisationen mitgetragenen und von der deh subventionierten bezirksspital.

in dar es salaam besuchte sfr gesundheitsdienste auf verschiedenen ebene(n) (spital fuer stadtteil mit 650'000 einwohnern bis hinunter zum gesundheitsposten fuer ca. 20'000 einwohnern). diese dienste sollen in abstimmung mit einem weltbankprogramm fuer tansanische gesundheitsdienste durch ein schweizerisches bilaterales projekt rehabilitiert und nachhaltig verbessert werden. deren desolater gegenwaertiger zustand ist folge von mangelnden unterhalts- und betriebsmitteln seit jahren und hat sich wegen der unumgaenglichen harten wirtschaftlichen reformprogramme in letzter zeit zusehends verschlimmert.

der dritte schwerpunkt der schweizerischen entwicklungszusammenarbeit liegt im ausbildungssektor (ingenieur fakultaet der universitaet dar es salaam und handwerkerausbildung). diese unterstuetzung verstaerkt eindeutig die kapazitaet tansanias, handwerk und industrie durch eigene leute zu verbessern.

in den gespraechen, die sfr mit julius nyerere, staatspraesident mwinyi und finanzminister msuya fuehrte, legten unsere partner gewicht auf konzentration der schweizerischen hilfe auf diese drei sektoren. nyerere informierte sfr ueber gegenwaertige rolle die seine south commission fuer die entstehung der neuen 15er-gruppe der blockfreien spielt, die am 7. und 8.11.1989 in genf auf

beamtenebene erstmals zusammentraten. mwinyi schilderte die probleme, die sich in aeusserster schaeffe auf der vermarktungsseite zeigen, wenn das strukturanpassungsprogramm die bauern zu hoeherer produktion veranlasst, ohne dass der aufkauf der ernte finanziell und logistisch (transportmittel, management) sichergestellt ist. mit finanzminister msuya konnte die diskussion ueber diese schwierigkeiten vertieft werden. tansania bemueht sich in pragmatischer weise schritt fuer schritt reformen einzufuehren und staatliche, die produktivitaet hemmende eingriffe abzubauen, ohne bis jetzt mit der von nyerere gepraeagten ideologie eines tansanischen sozialismus offen zu brechen. es ist bemerkenswert, dass nyerere selber diskret aber eindeutig diesen trend foerdert.

Referenzen und Indizes

Adresse für Telefax-Dritte

i.A.22.14.7.3.-CB/BRS

Chiffriert	Priority	Formulare	Text eng.	Fax	Absender	Seite/nr.
X	X				Presse et Info	1
Ja	Nein	Norm.	Dring.	Flash		
Empfängercode	Empfängercode	Empfängercode	Empfängercode	Empfängercode	Empfängercode	
wochentx						

Informations hebdomadaires rapides no 46/89 du 13.11.89

- 1) Visite commandant afghan Amin WARDAK à Berne
- 2) Politische Abteilung III im EDA
- 3) Botschafter Jenoe C.A. Staehelin in Budapest, 9./10.11.89
- 4) L'Ambassadeur Caratsch élu au CICR

1) Visite du commandant afghan Amin WARDAK au Secrétaire d'Etat K. JACOBI et à l'Ambassadeur A. RUEEGG (8.11.89)

Le Chef de la résistance afghane dans la province de Wardak, Amin Wardak (W), et son conseiller pour les affaires économiques et la reconstruction, Najib Baba (B), ont été reçus le 8 novembre 1989 par le Secrétaire d'Etat K. Jacobi (JAC) et l'Ambassadeur A. Rueegg (RUE).

Lors de ces entretiens - qualifiés d'exceptionnels avec un représentant de la résistance intérieure -, W a exposé les difficultés auxquelles sont confrontés les commandants de la résistance, en particulier l'ingérence des forces extérieures, soviétiques mais aussi pakistanaïses, iraniennes et saoudiennes par l'intermédiaire des partis de l'extérieur. Les puissances étrangères tiennent en leurs mains la diplomatie afghane, alors que la résistance intérieure ne peut faire

13.11.89

30 66

ED A
Telegraphenamt
3003 Bern

Empfängerin und Inhalt					Adresse für Rückfragen	
Chiffriert	Priorität				Absender	Seite(n)
						2
Ja	Nein	Norm.	Dring.	Flash		
Empfängercode	Empfängercode	Empfängercode	Empfängercode	Empfängercode	Empfängercode	

entendre sa voie qu'en conservant l'initiative militaire.

Un retour du roi ne constitue pas une solution plausible au problème afghan, car, selon W, Zaher Shah a perdu toute crédibilité du fait de son silence durant la guerre. La solution au conflit ne peut venir que d'une entente entre les seules personnalités crédibles aux yeux des Afghans: les commandants de l'intérieur. Le retour des quelque 6 millions de réfugiés ne sera possible, estime W, qu'une fois résolus les problèmes de reconversion qui nécessitent le développement des infrastructures économiques et administratives. Mais pour cela, il faut des moyens notamment financiers qui font cruellement défaut.

2) Politische Abteilung III im EDA

Mit dem Amtsantritt von Frau Botschafter Marianne von Gruenigen am 6. November 1989 in Bern hat die neu geschaffene Politische Abteilung III ihre Arbeit aufgenommen. Die Abteilung fuer Friedens- Sicherheits- und Abruestungspolitik umfasst vier Einheiten: den Dienst fuer Abruestungs- und Nuklearfragen, den KSZE-Dienst, die Sektion fuer fremde Interessen und den neuen Dienst fuer Friedensfragen, der vorderhand noch nicht besetzt ist. Mit der neuen Abteilung soll nicht nur die

ATM 804
 Telegrafische Post
 8000 Basel

Rechnungen und Kopien

Kopien für Telefon-Direkt

Chiffriert	Priorität	Fakture	Text erg.	F.R.	Abseher	Seite/n
Ja	Nein	Norm.	Dring.	Flash		3
Empfängercode	Empfängercode	Empfängercode	Empfängercode	Empfängercode	Empfängercode	

Arbeit auf dem Gebiet der Friedens- und Sicherheitspolitik organisatorisch zusammengefasst werden, sondern es wird auch unterstrichen, dass der Bundesrat, der internationalen Lage entsprechend, diesen Fragen erhöhte Bedeutung beimisst.

3) Besuch von Botschafter Jenoe C.A. Stahelin (SIN) in Budapest, 9./10.11.1989

SIN fuhrte am 9./10. November 1989 in Budapest Arbeitsgespräche mit dem Staatssekretär im Aussenministerium, L. Kovacs, Staatssekretär L. Antal im Amt des Ministerpräsidenten, Vize-Aussenhandelsminister T. Melega und er wurde von Aussenminister Gyula Horn zu einem längeren Höflichkeitsbesuch empfangen. SIN traf ebenfalls mit Vertretern der führenden ungarischen Oppositionsparteien zusammen und mit einem Vorstandsmitglied der Ungarischen Sozialistischen Partei (Nachfolgepartei der Kommunisten).

Was im heutigen Ungarn auffällt, ist die Offenheit der politischen Diskussion (auch auf Seiten der Regierung), die Distanzierung zur vormaligen Einheitspartei, Übereinstimmung über die Notwendigkeit umfassender politischer Reformen zur Herstellung eines uneingeschränkten demokratischen Pluralismus und von Rechtsstaat und sozialer Marktwirtschaft. Nuancen

Aut. B.F.
Postprogramm Dienst
3000 Bern

Referenzen und Initialen

Adresse für Fax und Druck

Chiffert _____ Priorität _____ Faxtura _____ Text erg. _____ E.L. _____ Absender _____ Seite/nr.

5

Ja _____ Nein _____ Norm. _____ Dring. _____ Fast _____

Empfängercode _____ Empfängercode _____ Empfängercode _____ Empfängercode _____ Empfängercode _____ Empfängercode _____

4) L'Ambassadeur Caratsch élu au CICR

L'assemblée générale du CICR, en sa séance du 9 novembre 1989, à élu pour un mandat de quatre ans M. Claudio Caratsch, actuellement Ambassadeur en Egypte, en qualité de membre du CICR dès le 1er mars 1990 et de vice-président à plein temps dès le 1er juin 1990. Jacobi.

////

Copie BRF JAC PB

NNNN

Bern, den 14.11.1989

i. A. 22.14.7.3.Interne Verteilerliste + dipl. VertretungenBetrifft: IH + DP 46/89 du 13.11.1989

Departementsvorsteher		BRF
Dipl. Sekretär	Hr. Combernous	CD
pers. Mitarbeiterin	Frau Hanselmann	HMG
Generalsekretariat	Hr. Schaller	SRU
	Hr. Meier	MEF
Politischer Direktor, Staatssekretär	Hr. Jacobi	JAC
Sekretariat Staatssekretär	Hr. Kupfer	KU
Protokoll	Botschafter Dayer	DD
Politisches Sekretariat	Botschafter Ducrey	DY
Politischer Dokumentationsdienst, Kanzlei pol. Sekretariat		W 338
KSZE-Dienst	Hr. Widmer	WI
Politische Sonderfragen	Minister von Arx	AX
Finanz- und Wirtschaftsdienst	Minister Lautenberg	LA
	Hr. Fivat	FIV
Pol. Abteilung I	Botschafter Staehelin	SIN
	Hr. Woker	
	Hr. Pardo	PR
Dienst Frankophonie	Hr. Kammer	KJF
Europarat	Hr. Richard	RA
Pol. Abteilung II	Botschafter Ruegg	RUE
	Hr. Chappuis	CFR
Sektion f. kons. Schutz	Hr. Duboulet	DC
Auslandschweizersekretariat	Minister Fetscherin	FN
Koordinator Internationale Flüchtlingspolitik	Botschafter Weiersmüller	WER
Fremde Interessen	Hr. Ghisler	GH
Direktion f. int. Organisationen	Botschafter Keusch	KJP
	Minister Erard	ER
	Minister Gyger	GWB
Sektion Vereinte Nationen und intern. Organisationen	Hr. Hofer	HER
Berater für europäische Weltraumzusam- menarbeit	Hr. Creola	CRE
Sektion intern. wissenschaftliche Angelegenheiten	Hr. Hofmann	HOF

Sektion für intern. Umweltangelegenheiten	Hr. Schmid	SCW
Sektion f. kulturelle und UNESCO- Angelegenheiten	Frau Meier	MM
Sekretariat der nationalen schweiz. UNESCO-Kommission	Hr. Theurillat	TB
Direktion für Völkerrecht	Botschafter Krafft Minister Godet Minister von Däniken	KT GT VDF
Sektion Völkerrecht	Hr. Baumann	BWE
Sektion Entschädigungsabkommen	Hr. Bühler	BC
Sektion Staatsverträge	Hr. Rubin	RC
Sektion Landesgrenze- und Nachbarrecht	Hr. Dubois	DS
Sektion Verkehr Seeschiffahrtsamt Basel	Direktor Hulliger Stellvertr. Direktor Haenggi	HG
DVA	Botschafter Manz Frau Krieg	MA KRI
Sicherheitsbeauftragter	Hr. Iten	IT
Sektion Rekrutierung und Ausbildung des Personals	Hr. von Graffenried	GRP
Personalsektion	Hr. Brogini/Hr. Reich	BRO/RE
Sektion Buchhaltung und Informatik	Hr. Savoye	SAV
D. f. verw. rechtl. Angelegenheiten	Hr. Welti	WP
Sektion Bezüge und Zulagen Verwaltungsinspektorat	Hr. Bollinger Hr. Castelli	BOL CS
Kuriersektion	Hr. Schweizer	SRJ
Direktion für Entwicklungszusammenarbeit und humanitäre Hilfe	Botschafter Staehelin	SFR
Stellvertr. Direktor	Hr. Wilhelm	WM
Delegierter für Katastrophenhilfe im Ausland	Hr. Rädgersdorf	RAE
Vizedirektor	Hr. Giovannini Hr. Dannecker Hr. Beti Hr. Pasquier Frau Schelling R. Hr. Melzer	GI/ DAN BEI PA SGR MEL
Informationsdienst Multilaterale Angelegenheiten		
Sektion human. Nahrungsmittelhilfe Forschung und Politik		
Integrationsbüro EDA/EVD	Botschafter Kellenberger	Ke
CH-91	Botschafter Vallon	VAL
Zentralstelle Gute Dienste	Hr. Bill	BH

+ Vertrauliche Umschläge:

- Hr. Lorétan, Bundeshaus-West, W 134
- Seeschiffahrtsamt, Basel
- Botschafter Raymond Probst, Brunnaderstr. 76, Bern
(durch Chauffeur zugestellt)

Per Kurier an die diplomatischen Vertretungen in:

Abidjan	Hamburg	Panama
Abu Dhabi	Hanoi	<u>Panmunjom</u>
Addis Abeba	Harare	Paris (3)
Akkra	Havanna	Prag
Alger	Helsinki	Pretoria
Amman	Hong Kong	Quito
Amsterdam	Houston	Rabat
Ankara	Islamabad	Rio de Janeiro
Antananarive	Istanbul	Rom
<u>Asuncion</u>	Jakarta	San Francisco
Athen	Johannesburg	San José
Atlanta	Kairo	Santiago de Chile
Bagdad	Karachi	Sao Paulo
Bangkok	<u>Khartoum</u>	Singapur
Barcelona	Kigali	Sofia
Beijing	Kinshasa	Stockholm
<u>Beirut</u> NIKOSIA	Kopenhagen	Strassburg+Europarat
Belgrad	Kuala Lumpur	Stuttgart
Berlin/BRD	Kuwait	Seoul
Berlin/DDR	Lagos	Sydney
Bogota	La Paz	Teheran + Fremde Interessen
Bombay	Lima	Tel-Aviv
Bonn	Lissabon	Tokio
Bordeaux	London	Toronto
Brasilia	Los Angeles	Tripolis
Brüssel+Mission	<u>Luanda</u>	Tunis
Budapest	Luxembourg	Vancouver
Buenos Aires	Lyon	Warschau
Bukarest	Madrid	Washington
Canberra	Mailand	Wellington
Caracas	Manchester	Wien
Chicago	Manila	Yaoundé
Colombo	<u>Maputo</u>	Zagreb
<u>Conakry</u>	Marseille	Riad
Dakar	Melbourne	+ Mission permanente de la Suisse
Damaskus	Mexiko	après des O.I., Wien
Dar es Salaam	Montreal	
Den Haag	Monrovia	
Dhaka	Montevideo	
Djeddah	Moskau	
Dublin	München	
Düsseldorf	Nairobi	
Frankfurt a/Main	New Delhi	
Genua	New York, UNO+GK	
Guatemala	Osaka	
	Oslo	
	Ottawa	

Diverse:

- Genf, OI
- R. Mantelli, BAWI
- Divisionär Petitpierre, EMD
- R. Probst, BE (ehem. Staatssekretär)
- interne Verteilerliste
- IH + DP